

NGOs kritisieren IWF wegen Haiti

Während die Weltbank ein Schuldenmoratorium für Haiti beschlossen hat und die G-7-Staaten dem schwer geprüften Land die bilateralen Schulden erlassen, hat der Internationale Währungsfonds (IWF) Haiti einen neuen Kredit von 102 Millionen USD gewährt, ohne einen Schuldenerlass in Betracht zu ziehen. Zahlreiche europäische Nichtregierungsorganisationen (NGOs), darunter auch die Aktion Finanzplatz Schweiz, haben mit grosser Enttäuschung auf diese Ankündigung reagiert. Sie fordern den IWF auf, Haitis Schulden sofort zu streichen.

André Rothenbühler

Die sieben führenden Industriestaaten (G-7) sind an ihrem Treffen von Anfang Februar im kanadischen Iqaluit dem Aufruf von rund 40 europäischen NGOs und mehrerer zivilgesellschaftlicher Organisationen in Haiti gefolgt und haben dem Land alle bilateralen Schulden erlassen. Demgegenüber fährt der IWF fort, Haiti neue Kredite zu gewähren. Mit dem neuen Kredit von 102 Millionen USD schuldet Haiti dem IWF nun über 250 Millionen USD. Haitis gesamte Schuldenlast beträgt nun 1,2 Milliarden USD. Haiti muss dem IWF in den kommenden neun Jahren mindestens 104 Millionen USD zurückzahlen und allen Gläubigern über 500 Millionen USD.

Camille Chalmers von der „Haitian Advocacy Platform for Development (PAPDA)“ meint in der Medienmitteilung der NGOs zuhanden der G-7-Finanzminister: „Die von den Internationalen Finanzinstitutionen und den mächtigsten Staaten auferlegten Schulden haben dazu beigetragen unser Land zu zerstören. Sie kommen einem Erdbeben gleich, das seit 1983 dauert, als Haiti das erste Kreditabkommen mit dem IWF unterzeichnete. Diese Kredite haben Erschütterungen ausgelöst, die unsere Institutionen und unsere Fähigkeit untergraben haben, auf eine Krise jetzigen Ausmasses zu reagieren.“

Die NGOs sind besorgt, dass der IWF die Katastrophe in Haiti - wie bei der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise - als Gelegenheit betrachtet, seinen Operationsradius auszudehnen. Das sei ein weiteres Beispiel dafür, dass der IWF nicht in die Entwicklungsförderung einbezogen werden sollte.

Die NGOs kritisieren auch die irreführende Kommunikation des IWF, welcher Kredite als Teil der Hilfsmassnahmen der internationalen Gemeinschaft für Haiti ankündigt. Vielmehr ist der neue Kredit Teil des laufenden Programms mit dem IWF, das einschneidende Massnahmen wie die Erhöhung der Elektrizitätstarife oder das Einfrieren der Gehälter im öffentlichen Dienst vorsieht, heisst es im Communiqué der NGOs weiter. Die Schweiz hat bis jetzt zur Frage eines Schuldenerlasses durch den IWF nicht offiziell Stellung bezogen.